

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorkauf u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl., mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zl., vierteljährlich 11,66 Zl., Unter Streifenband in Polen monatl. 7,50 Zl., Danzig 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Nr. 278

Bromberg, Mittwoch, den 5. Dezember 1934

58. Jahrg.

Die Schüsse von Leningrad.

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)
Moskau, Anfang Dezember 1934.

Die Schüsse in Leningrad, denen Kirow zum Opfer gefallen ist, haben alarmierend gewirkt. Vor allem natürlich in Moskau, heute aber wird dieses blutige Ereignis bereits in allen Zellen der kommunistischen Partei der Sowjetunion aufgeregt erörtert.

Wenn seit Beginn der Wahlkampagne schon wiederholt Meldungen über Tumulte und sogar über Totschläge veröffentlicht worden sind, so handelte es sich dabei immer nur um geringfügige Explosionen der Bauernwut in diesem oder jenem Bezirk. Daß die große Kollektivierung der Landwirtschaft von der Masse der Bauern keineswegs als Begünstigung aufgefaßt wird, ist kein Geheimnis. In der Zeit einer Wahlkampagne, die das Dorf mehr als gewöhnlich belebt, mußte es zu einzelnen mehr oder weniger nachdrücklichen Äußerungen der Unzufriedenheit und der Erregung kommen. In Moskau hat man sich darüber auch keineswegs beunruhigt. Man gab den betreffenden Bezirkskomitees entsprechende Weisungen über schärferes Anlassen des „Klassenfeindes“, und es ist auch aus keiner dieser Äußerungen ein irgendwie bemerkenswertes Problem entstanden.

Jetzt aber ist etwas geschehen, was in der ganzen Partei, im gesamten Apparat der Sowjetregierung die größte Verwirrung und Besorgnis erregt, wenn diese auch nach außen hin nicht verraten wird. Das Leningrader Attentat ist kein isolierter Vorfall, kein Ausbruch dumpfer Bauernwut. Hier ist nach überlegtem Plan ein Parteigewaltiger ermordet worden, der zum Kreise der Auserwählten und Maßgebenden gehörte. Kirow war nicht nur einflussreich in der Leningrader Organisation der Partei, der wichtigsten nach der Moskauer, er war „der“ Leningrader Parteipolitiker. Seit Jahren funktionierte diese Organisation tadellos dank seiner Leitung. Seine starke und rücksichtslose Persönlichkeit hatte aus dieser Zweiggruppe, die einst Sinowjew und Kadek oppositionell versucht hatten, wieder ein zuverlässiges Instrument der Parteizentrale gemacht. Sein ruhiges Auftreten sicherte ihm jedesmal die „nicht endenwollenden Beifallsstürme“, die die Berichte der Sowjetpresse nur bei den Reden der zur Parteiauslese gehörenden Politiker vermerken. Stalin war er unbedingt ergeben. Und dieser Mann ist ermordet worden!

Wohl niemals ist es um die Opposition so still gewesen, wie gerade im Laufe dieses Jahre. Auch die Wahlkampagne hat von irgendwelchen ernst zu nehmenden Plänen der Opposition nichts bemerkbar werden lassen. Das Leningrader Attentat aber erhellt blitzartig dunkle Hintergründe im Sowjetstaat. Unwillkürlich sagt man sich, daß die dumpe Ruhe denn doch nicht ganz echt zu sein scheint. Unwillkürlich entsteht die Frage: sollte hier die Opposition ihre Hand im Spiel haben?

Nach der sofort veröffentlichten offiziellen Auslassung läßt sich hier noch kein klares Bild gewinnen. Es wird den breiten Massen eine Darstellung gegeben, nach der es sich zwar um einen „Klassenfeind“ handelt, aber um einen „ideenlosen“, einen Mörder aus persönlicher Rachsucht. Selbst wenn dies zutrifft, so handelt es sich doch um ein politisches Verbrechen und um einen Vorgang von größter politischer Tragweite. Denn einmal hat sich der Täter ja nicht an dem Privatmann Kirow gerächt, sondern an dem Machthaber, das läßt auch die offizielle Auslassung erkennen. Und zweitens liegt die politische Bedeutung der Tat darin, daß der „Klassenfeind“ es nach all den Jahren einer beispiellosen Unterdrückung und Überwachung für möglich hält, seine Anschläge, die bisher kleinen Dorfsowjetbonzen galten, gegen die höchste Schicht zu richten.

Der Attentäter hat nach allem, was bisher bekanntgegeben wird, keineswegs als irrer Fanatiker gehandelt, der von vornherein entschlossen war, auch sein Leben zu opfern. Er hat vielmehr mit der Möglichkeit des Entkommens gerechnet und ist von den Agenten der GPU (Tscheka) nicht ohne Mühe festgenommen worden. Das läßt natürlich die Frage entstehen, ob Mitwisser bereitstanden, um dem Attentäter weiter zu helfen. In den Kreisen der unglücklichen Verwandten des Mörders, auf die die GPU sich sofort gestürzt hat, dürften diese Mitwisser schwerlich zu suchen sein, aber es gehört zu den durch ein Gesetz gestützten Gebräuchen dieser Sowjetbehörde, sich bei politischen Verbrechen an die Angehörigen des Täters zu halten, wovon man sich eine abschreckende Wirkung verspricht.

In Moskau, in der Zentrale der Partei wie der Regierung, tritt man so auf, als ob Trauer und Zorn allein herrschen. Wenn es aber möglich wäre, etwas von den wichtigsten Beratungen der Maßgebenden zu erfahren, so würde man ohne Zweifel auch ein starkes Gefühl der Verwirrung wahrnehmen. Wenn ein Kirow mitten im Sowjetstaat von Leningrad nicht sicher war, wer ist es dann noch? Und kann ein solches Attentat nicht beispielgebend wirken? Es wäre gewiß falsch, nun gleich mit katastrophalen Ereignissen im Sowjetstaat zu rechnen, aber ebenso falsch wäre es, den Leningrader Mord hinsichtlich seiner Bedeutung zu unterschätzen. Die Sowjetpresse aber sollte einsehen, daß politische Attentate nicht nur „unvermeidliche Nebenwirkungen des Fäulnisprozesses“ der Bourgeoisie sind.

Grundsätzliche Saar-Einigung.

Das Ergebnis der Verhandlungen des Dreier-Komitees.

Rom, 4. Dezember.

Nach wochenlangen Verhandlungen des Dreier-Komitees des Völkerbundes ist am Montag mittag ein Abkommen unterzeichnet worden, das am 5. Dezember in Genf dem Völkerbundrat zur Beschlußfassung unterbreitet werden wird. Mit diesem Abkommen ist wenigstens die Grundlage für die Lösung aller wichtigen Probleme gefunden, die nach der Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland aufstehen.

Nach dem Schluß der Montag-Sitzung empfing an Stelle des Präsidenten Moisi, der inzwischen nach Genf abgereist war, der spanische Gesandte Olivan im Namen und als Mitglied des Dreier-Komitees die ausländische Presse in der spanischen Botschaft, der gegenüber er erklärte, er könne nur die allgemeine Linie des Abkommens und des Rapports mitteilen, da erst morgen in Genf der Rapport in seinen letzten Formulierungen zu Ende geführt werden würde. Es sei ein beachtenswertes Ergebnis erreicht worden, denn das unterzeichnete Abkommen sei wichtiger, als wenn das Dreier-Komitee nur seine eigenen Vorschläge hätte dem Völkerbundrat überreichen können. Das Abkommen besteht aus einem politischen und einem ökonomisch-finanziellen Teil.

Der politische Teil.

In dem politischen Teil wird die Garantiefrage geregelt, und zwar sollen die Garantien wie sie im Ratsbeschlusse vom 4. Juni für die Stimmberechtigten vorgesehen sind, zu im wesentlichen gleichen Bedingungen auch auf die Nichtstimmberechtigten ausgedehnt werden, soweit sie am Tage der Abstimmung drei Jahre im Saargebiet anässig sind. Außerdem ist vorgesehen worden, daß Bewohner des Saargebietes während der Dauer eines Jahres aus dem Saargebiet abwandern können. Diese Bestimmung greift aber in keiner Weise der deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit vor. Ein Jahr nach der Rückgliederung des Saargebietes zum Reich hören somit alle politischen Nachwirkungen im Saargebiet auf. Im Gegensatz dazu war im Barthouschen Memorandum ein fünfzehnjähriges Schiedsgericht gefordert worden.

Die Wirtschaftsfragen.

Im wirtschaftlich-finanziellen Abkommen werden sämtliche Kredite einschließlich des Kaufpreises für die Gruben durch die Pauschalsumme von 900 Millionen französische Franken (zirka 150 Millionen RM) abgelöst.

Diese Zahlung hat so schnell wie möglich ohne die Beschränkungen der deutschen Devisenbestimmungen zu erfolgen, aber es ist in dieser Pauschalzahlung von 900 Millionen Franken eine

Zahlung in Natur

durch Lieferung von elf Millionen Tonnen Saarkohle an Frankreich nicht eingeschlossen.

Eine deutsche Erläuterung.

Rom, 4. Dezember. Bei einem Presseempfang führte der deutsche Delegierte Vogt folgendes ergänzend aus:

In dieser Pauschalzahlung von 900 Millionen Franken, die vorgesehen ist für die Gruben, ferner die Eisenbahnen und anderes staatliches Eigentum des französischen Staatschazes, ist nicht einbegriffen das Abkommen über 11 Millionen Tonnen Saarkohle. Frankreich erwirbt das Recht, diese Tonnenzahl von der lothringischen Seite aus in fünf Jahren zu 2,2 Millionen Tonnen jährlich abzubauen, ohne diese Kohle zu bezahlen, die Frankreich selbst fördert. Dabei wird ihm auch der Pachtzins erlassen, der etwa 55 Millionen französischen Frank entspricht.

2. (politischer Teil des Berichts) Deutschland verpflichtet sich, alle Garantien, die es am 2. bzw. 4. Juni 1934 in Genf übernommen hat, auf die Nichtabstimmungsberechtigten auszuweiten, von einigen Ausnahmen abgesehen. Danach gibt es den Saarbewohnern bei einer Rückgliederung der Saar ohne Unterschied auf die Rasse, Religion und Sprache für eine beschränkte Zeit Garantien.

Auf italienischer Seite ist man überzeugt, daß die internationale Lage und vor allem die deutsch-französischen Beziehungen eine wohlthuende Entspannung erfahren werden. Der Gedanke eines neuen Regimes für das Saargebiet ist fallen gelassen worden. Dementsprechende Forderungen sind weitgehend unterbunden. Die wirtschaftlich-finanzielle Pauschallösung verbürgt eine möglichst schnelle Vollstreckung des Volkswillens. Bei der Ablösung der übernommenen finanziellen Verpflichtungen durch das Reich hat Frankreich eingeräumt, daß die deutsche Devisenlage keine Verschlechterung erfahren soll.

Der gegenwärtigen Lage für das beste, sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Damit geht Reiszgys an den Tatsachen völlig vorbei. Bekanntlich war der Landtag dadurch beschlußunfähig, weil die Litauer ihre eigenen Abgeordneten veranlaßt hatten, der Sitzung fernzubleiben, und einen Teil der memelländischen Abgeordneten verhaftet bezw. an der Reise nach Memel gehindert hatten. Außerdem hat Reiszgys eine Finanzwirtschaft getrieben, die die Lage des Memelgebiets in wenigen Monaten zu einer Katastrophe führen mußte.

Abwarten!

Minister Bed fährt noch nicht nach Genf.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die polnische Antwort auf die französische Note in der Ostpakt-Frage wird — wie die Ansicht informierter Sanktionskreise lautet — auf sich warten lassen. Zugleich wird von dieser Seite auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Minister Bed sich gegenwärtig nicht nach Genf begeben werde. Diese Ansicht wird damit begründet, daß es ratsam sei abzuwarten, bis die heißen Angelegenheiten in Genf: die südslawische Note und die Saarfrage — erledigt sein werden.

Der Ansicht, daß die politische Klugheit eine abwartende Haltung gebiete, schließt sich interessanterweise das oppositionelle „ABC“-Blatt an, welches ausführt:

„... Heute bleibt nichts anderes übrig, als die Aufhellung der Situation abzuwarten. Es handelt sich um die Aufhellung der Situation in Berlin. Deutschland hat gleichzeitig zwei Einladungen erhalten. Von Frankreich in Sachen der Abnahme von Verhandlungen über den Beitritt zum Ostpakt, von England in Sachen der Rückkehr in den Völkerbund.

„Das Wort hat jetzt Hitler.“

Entweder wird er in Beantwortung der Einladung vom Westen her folgerichtig in die Zukunft streifen und durch eine Ausgleichspolitik es zu einer deutsch-französischen Annäherung bringen, oder er wird noch einmal auf die Karte der Palästinarigkeit setzen.

„So oder anders, vorläufig ist festzustellen, daß das diplomatische Spiel in der Frage des Ostpaktes wieder begonnen hat und ohne Beteiligung der polnischen Diplomatie weiter geht, die sich mit Recht dem Konzept dieses Paktes entgegengestellt hatte (welch uner-

Der neue Memeldiktator.

Ein Vertrauensmann der Großlitauer.

Memel, 4. Dezember. (DNB)

Der Gouverneur des Memelgebiets hat am Sonntag den Vorsitzenden der litauischen Landtagsfraktion und Führer der litauischen Schützen- und Jugendverbände im Memelgebiet, Bruvelaitis, mit der Bildung des neuen Direktoriums beauftragt. Die Ernennung von Bruvelaitis bedeutet

eine neue Herausforderung der Memelländer,

denn es ist bekannt, daß er einer der stärksten Heber gegen das memelländische Deutschtum ist. Die Litauer haben damit einen wesentlich verschärften Kurs gegen das memelländische Deutschtum eingeschlagen.

Eine Erklärung des zurückgetretenen Direktoriums

Zu dem Rücktritt des Direktoriums Reiszgys wurde am Montag eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt, das Direktorium halte im Hinblick darauf, daß der Landtag des Memelgebiets am 27. Juli 1934 nicht zur Entgegennahme der Erklärung zusammengetreten ist und auch am 6. September nicht zusammentreten konnte, um die notwendigen Maßnahmen zur Regelung der öffentlichen Finanzen für das Memelgebiet zu erlassen, für notwendig, einen Ausweg zu suchen. Wenn auch der Landtag seinem Direktorium nicht das Mißtrauen ausgesprochen habe, obwohl er das jeden Tag hätte tun können, hatte Reiszgys es bei

Pommerellen.

4. Dezember.

Notlandung eines deutschen Freiballons.

Im Walde bei Dsche, Kreis Schwet, ging Sonntag vor-

Graudenz (Grudziadz)

Der Vorstand des Verschönerungsvereins hielt unter

Seit dem Eintritt der kühlen Jahreszeit bemerkt

Fortwährender Baumfrost. Namens des Ver-

Die Diebesplage am Ende. In welcher Weise

Ins Graudenz Untersuchungsgewandnis eingeliefert

Die Feuerfene ließ sich Sonntag Abend kurz nach

hinaustragen. Das Kleeblatt wurde verhaftet. Am

Beim Ausgleiten auf einer gefrorenen Pflanze stürzte

Einigkeit macht stark! Darum hinein in die Deutsche Vereinigung!

Thorn (Torun)

Der Wasserstand der Weichsel nahm in den letzten

Das Fernsprech- und Telegraphenamt in Thorn

Zum Leiter des neuerbauten Thorner Rundfunk-

Im Garten des früheren Ziegelei-Parks (Park

Im Thorner Theater (Teatr Ziemi Pomorskiej) fan-

38 neue Wohnungen. Das in der Mellienstraße (ul.

Höhe der Wohnungsmiete steht noch nicht endgültig fest,

Aus dem Landreise Thorn, 1. Dezember. Freche

Ronitz (Chojnice)

Wettturnen in Ronitz.

Am Sonntag nachmittag hatte der Verein für Leibes-

- Jugendturner: Erste Riege: 1. Sieg. Kurt Borris, 108 Punkte; 2. Hans Konrad, 108 Pkt.; 3. Kurt Moldenhauer, 102 Pkt.; 4. Friedhoff Panfkin, 101 Pkt.; 5. Heinz Panfkin, 95 Pkt.

- Turnerinnen: Erste Riege: 1. Sieg. Ruth Wijnorra, 114 Punkte; 2. Anna Wijnorra, 114 Pkt.; 3. Ursel Koskowi, 106 Pkt.; 4. Margarete Scheffler, 106 Pkt.; 5. Anneliese Gehrke, 104 Pkt.; 6. Elise Konrad, 102 Pkt.; 7. Irene Brenk, 92 Pkt.; 8. Traute Dales, 90 Pkt.

Auf dem letzten Wochenmarkt zahlte man für Land-

Brandstiftung.

Das Wohnhaus mit Petroleum begossen und angezündet.

Graudenz.

Ein gutes Weihnachtsgeschäft wird jeder Geschäftsmann machen, Graudenz Weihnachtsnummer, Anzeigen-Aufträge

Deutsche Bühne Grudziadz, Bücher Thorn, Schweinefleisch, 6-Zimmer-Wohnung

Die Lage der Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Rogasen

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Über die Verhältnisse der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Rogasen ist von jungdeutschen Kreisen bereits zu wiederholten Malen in den „Deutsche Nachrichten“ und im „Aufbruch“ in einseitiger, ja gehässiger Weise berichtet worden. In den 16 Jahren seit dem Kriege hat es unter den Deutschen stillschweigend als ein Gebot der Klugheit und Selbstachtung gegolten, die häuslichen Schwierigkeiten einer Genossenschaft nicht in der Presse oder überhaupt in einer anderen Öffentlichkeit zu behandeln als in der gesetzlich gegebenen: der Generalversammlung. Ist es ein Zeichen der beginnenden „geistigen Erneuerung“ im Sinne der D.D.P. und der neuen „Disziplin“ unseres Volkstums, daß dies Gebot völkischen Denkens nicht mehr gilt? Diejenigen, die es angeht, haben Gelegenheit gehabt, Stellung zu nehmen: in wenigen Wochen hat die Genossenschaft Rogasen drei Generalversammlungen gehabt, um Vorstand und Aufsichtsrat zu wählen; die Versammlungen waren von mehr als 300, zuletzt von mehr als 400 Mitgliedern besucht, die Mehrzahl der Genossen hat teilgenommen. Nachdem die zwei ersten Versammlungen auf den Rat des Genossenschaftsverbandes versucht haben, eine Verwaltung aus beiden Lagern zusammenzustellen und sich damit das Vertrauen der Guthaben-Besitzer zu erhalten, hat sich der Kampf inzwischen so weit erhöht, daß das auf der dritten Versammlung nicht mehr möglich war. Die Parteilisten standen sich stark gegenüber.

Die kombinierte Liste der Jungdeutschen Partei und des Vereins deutscher Banern (Reinecke-Anhänger)

hatte in dieser Versammlung mit 221 : 185 Stimmen die Mehrheit. Der so gewählte Vorstand und Aufsichtsrat steht nun vor der schweren Aufgabe, die Genossenschaft mit Erfolg weiterzuführen. Wer das Genossenschaftswesen kennt, weiß, daß es auf Vertrauen beruht, und daß dies Vertrauen durch unparteiische, sachliche, stille und verschwiegene Arbeit erworben wird.

Wenn nun die Angelegenheit in der politischen Presse breitgetreten wird, so wird von den Berichterstattern offenbar nicht das Wohl der Genossenschaft dabei verfolgt; vielmehr scheint es, die Sache politisch als Partei-erfolg auszuschlachten und — für den Fall, daß dieser Parteierfolg für die Genossenschaft zu einem schlechten Ende führt — die Schuld dem Gegner in die Schuhe zu schieben.

Es ist darum notwendig, zur Steuer der Wahrheit einige tendenziöse Behauptungen zurückzuweisen, und es ist zu hoffen, daß es nicht noch einmal nötig sein wird, eine solche Sache in der Presse zu behandeln.

1. Die Genossenschaft Rogasen hat bis Ende 1933 in Frieden gearbeitet. Als ihr langjähriger Vorsitzender v. Saenger nach seinem Fortzug aus dem Vereinsbezirk seinen Rücktritt anbot, wurde er noch Ende 1933 von der Generalversammlung einstimmig gebeten, sein Amt zu behalten.

2. In dieser Generalversammlung wurde vom Vorstand die Höhe der Gehälter der Angestellten verlesen. Obwohl diese Frage nicht vor die Generalversammlung gehört — jedenfalls nicht in einer so großen und verzweigten Genossenschaft —, sondern Sache des Vorstandes und Aufsichtsrates ist, geschah dies in der Absicht, jedem Mitglied Kenntnis von diesem wichtigen Posten der Aufkosten zu geben. Trotzdem sind jetzt über diese Gehälter im „Landmann“ unwahre und entstellte Angaben gemacht worden. So beträgt das Gehalt des ersten Geschäftsführers außer Wohnung und den üblichen Naturalien rund 800 bzw. 700 Zloty, nicht aber 1500 Zloty. Wie der neue Vorstand die versprochene Ersparnis von 18 000 Zloty durchzuführen und dabei das Geschäft mit Erfolg führen will, mag er der öffentlichen Generalversammlung bei der Bilanz des Herbstes 1935 berichten; wir wollen ihn nach seinen Leistungen beurteilen, nicht aber nach seinen Versprechungen.

3. Unter dem Vorsitz des Herrn v. Saenger und unter der Geschäftsführung des jetzt beurlaubten Geschäftsführers Herrn Widelicki hat die Genossenschaft Rogasen sich von ihrem Tiefstand am Ausgang der Inflation zu dem heutigen Stand erheben können. Die Umsätze stiegen bedeutend, aus dem jährlichen Reinerwerb wurden die Reserven von 42 600 Zloty auf 197 300 Zloty erhöht, außerdem Dividende und zeitweise auch Nachzahlungen auf Warenumsätze geleistet.

Das Vertrauen der Mitglieder und auch Außenstehende: kam in der Zunahme der Mitglieder von 1924 bis 1934 um 93 Mitglieder und in dem Wachstum der Rückenguthaben auf zeitweise rund eine Million zum Ausdruck.

Diese Mittel gestatteten der Genossenschaft bis zum Ende des Jahres 1933, ohne Bankkredite auszukommen. Zinsen zu sparen und beim Wareneinkauf alle nur möglichen Barabatte zu erzielen, so daß ihre Leistung für die Mitglieder und die ganze übrige Landwirtschaft des Kreises allgemein anerkannt ist. Ebenso besteht kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Auflösung dieser Genossenschaft der ganzen Landwirtschaft des Kreises einen schweren Verlust zufügen wird.

4. Die Genossenschaft hat im Zusammenhang mit ihrem Warengeschäft auch Kredite gewährt, wie es alle ähnlichen Genossenschaften tun und immer getan haben — denn anders ist der Handel in diesen Waren nicht durchführbar. Durch die Krise, den Sturz der Erträge und der Bodenwerte in der Landwirtschaft ist ein Teil dieser Kredite eingezwungen, manche Schuldner zahlen ihre Zinsen schlecht, bei einzelnen Krediten mögen auch Verluste entstehen. Die alte Verwaltung beurteilte die Lage im ganzen dahin, daß diese Ausfälle gegebenenfalls vermöge der Reserven getragen werden können. Auch das Bilanzergebnis in den beiden letzten Jahren schlechter Konjunktur wie bei den meisten Genossenschaften gleicher Art ein Minus war, brauchte angesichts der Reserven den Stand der Genossenschaft nicht zu erschüttern. Daß Herr Uhle mit einem Antrag auf der Generalversammlung einen Regress gegen die alte Verwaltung forderte, ist demgegenüber eine demagogische Geste — er weiß doch wohl, daß die Generalversammlung der Genossenschaft für alle Bilanzen Entlastung erteilt hat und daß sie über die Art und den Umfang der Kreditgewährung durch die Bilanzen unterrichtet war.

5. Aber seit dem Frühjahr 1934 befand sich ein Schreiben im Umlauf, das unter den Mitgliedern für eine General-

versammlung zur Absetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates Stimmung machte. Dies wurde nicht etwa alsbald an den Vorstand oder Aufsichtsrat gebracht, sondern

die Agitation wurde mehr als drei Monate lang von Haus zu Haus und gelegentlich der politischen oder anderer Versammlungen beharrlich betrieben.

Da hierbei die eingeriffene Parteilung nicht besser, sondern schlimmer wurde, begannen die Besitzer von Guthaben an dem dauernden Bestande der Genossenschaft zu zweifeln. Seitdem liefen Rückbildungen ein, die in den zwei Monaten vor der ersten Generalversammlung im September nach Angabe des Herrn Uhle bereits 170 000 Zloty ausmachten. Diese Beträge konnten von der Landesgenossenschaftsbank zur Auszahlung aufgenommen werden, da diese noch glaubte, daß die Parteilung zu einem Ausgleich und die Sparer zur Ruhe kommen würden. Aber

seit der Versammlung, in der der bisherige Vorstand und Aufsichtsrat zurücktrat (übrigens aus

Polnische Kulturarbeit.

Der Unterrichtsminister über den Stand der Bildung und Erziehung in Polen.

Vor dem staatlichen Bildungsrat gab der polnische Unterrichtsminister Waclaw Jedzejewicz einen Rechenschaftsbericht über den Stand der Erziehung und Bildung in Polen, sowie über die Absichten auf diesem Gebiet für die Zukunft. Der Minister stellte zunächst fest, daß die polnische Kulturfront infolge der ungenügenden materiellen Mittel im Zusammenhange mit der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur schwere Kämpfe zu bestehen habe. Der Minister trat aber den Darstellungen entgegen, als ob die Ausgaben für Schulzwecke im neuen Staatshaushalt gekürzt worden wären. Während nämlich im laufenden Jahre die dem Kultusministerium zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel 341 544 460 Zloty betragen haben, sieht der Staatshaushalt für das künftige Wirtschaftsjahr eine Ausgabe von 342 925 000 Zloty also 1 380 540 Zloty mehr vor. Die für Bildungszwecke bestimmten Gesamtschulsummen hätten keine Verringerung erfahren, es seien nur haushaltstechnische Umstellungen erfolgt. Die Hauptänderung bestehe in der Einföhrung einer neuen Einnahmeposition für den Schulfonds und zwar der „Schulabgabe“ in Höhe von 18 Millionen Zloty, die für die dringendsten Bedürfnisse bestimmt sei. Der Minister versicherte, daß der gegenwärtige Haushaltsvoranschlag auf dem Gebiet der kulturellen Arbeiten die Erhaltung des bisherigen Standes gestatte, und gewisse Entwicklungsmöglichkeiten vor allem im Volksschulwesen gebe.

Was die Schulreform anbelange, so betonte der Minister, daß diese sich in dem gesetzlich vorgeschriebenen Termin der Verwirklichung näherte. Auf dem Gebiet der Schulprogramme habe das Ministerium neue Unterrichtsprogramme für die allgemeinen Schulen dritten Grades und für das vierjährige Gymnasium bekannt gegeben. Jetzt werde das Programm für die allgemeinen Schulen ersten und zweiten Grades ausgearbeitet; außerdem sei man mit der Arbeit an dem Programm der Lyzeen beschäftigt. Der

Fords synthetische Milch.

Revolutionen werden im Laboratorium gemacht?

Der letzten Ausgabe der Berliner „Montagspost“ entnehmen wir nachstehende, nur wenig gekürzte Unterhaltung mit dem amerikanischen Autokönig Henry Ford:

Man hat vor kurzem Henry Ford gefragt, was er denn von der allgemeinen Wirtschaftslage halte. Und er antwortete sehr schlicht: „Das kann ich Ihnen sagen: durch Parlamentarismus kann eine Wirtschaftskrise nicht behoben werden. Die Revolutionen der Welt werden in unserem Zeitalter in den Laboratorien gemacht. Während im Jahre 1874 bis 78 eine tolle Krise den Weltmarkt erschütterte, wurde gerade in dieser Zeit Experiment auf Experiment in Menlo Park, dem Labor Edisons, ausgeführt. Dezember 1876 zeigte man das erste Telephon. Und als eine weitere Währungskrise 1893 uns erschütterte, da, weiß ich es noch, fuhr ich zu einer Versammlung in meinem ersten Auto. Nun sagen Sie selbst: wissen Sie noch etwas von den beiden Krisen? Nein! Aber Sie brennen Ihr elektrisches Licht, benutzen Ihr Telephon und fahren im Auto. Wer hat also die Revolutionen letzten Endes gemacht? Die Erfinder. Es kommt nur darauf an, daß der Staat die Erfindungen erkennt und stützt. Damit tut er mehr, als wenn er — was oft nottun mag — bestimmte Handelsnormen einführt oder Preise vorschreibt.“

Und Ford fuhr fort: „Unsere Sorge ist die Abschaffung der Arbeitslosigkeit und die Beschaffung von Nahrung. Wir werden die Arbeitslosigkeit nur dann abschaffen, wenn wir den Verbrauch erhöhen. Denn rechnen Sie selbst: Wenn ich ein Auto aus 3000 Teilen herstelle (da ist jede kleine Schraube dabei), so brauche ich eine gewisse Zeit dazu. Muß ich aber jetzt das Auto schneller herstellen, so muß ich die Teile noch aufteilen. Ein Wagen von heute setzt sich bei mir aus 15 000 Teilen zusammen. Logik: Ich muß bei gleichem Produktionsobjekt mehr Arbeiter, das Fünffache, einstellen. Also: Die Arbeitslosigkeit schwindet. Schaffe ich aber im großen, so wird die Ware billig. Ich kann höhere Löhne zahlen, ich kann den Arbeitern die Fünf-Tage-Woche geben, meine Arbeiter können sich selbst ein Auto kaufen, und ich kann sie am Gewinn beteiligen. Dazu braucht man kein Parlament, das andere Sorgen haben soll, sondern dazu braucht ein Staat nur die Männer, die unbeirrt ihren Willen durchsetzen und über alle Krisen mit eiserner Konsequenz hinweggehen, weitblickender sind, als die Wiesmacher.“

Wir sehen augenblicklich im Laboratorium und haben Experimente mit synthetischer Milch gemacht. Sie sind gelungen. Glauben Sie: Politische Wirren sind Fieberanzeichen eines Volkes. Wenn dieses Volk aber dann die — in diesem Fall — „synthetische Milch“ bekommt, wenn diese Sorge für unsere Säuglinge behoben ist, da beginnt wieder etwas ganz Neues, das eben-

freien Stücken, da der Beschluß nicht die gesetzlich nötige 2/3-Mehrheit gefunden hatte), haben die Guthabenbesitzer weiter mehr als 200 000 Zloty gekündigt.

Die jungdeutsche Zeitung möchte die Schuld an diesen Kündigungen ihren Gegnern zuschieben. In Wahrheit zeigen die Kündigungen dieses Sommers eindeutig, daß die Partei-Agitation der Herren Wambach, Uhle und Felmann die Schuld an diesen Kündigungen trägt. Wenn nach Herrn Uhles Mitteilung an den Kündigungen auch jungdeutsche Kreise beteiligt sind, so spricht das für sich.

Und wenn die Genossenschaft daran kaputt geht, so wird keine Zeitung und kein Versammlungs-gerede diese Schuld von den jungdeutschen Agitatoren abwaschen.

Es ist nur wieder einmal die auch aus früherer Zeit bekannte Erfahrung, daß eine Genossenschaft nur in Frieden gedeihen kann, und daß sie zerrieben wird, wenn die Partei über die Sache gestellt wird. Es ist

die Binsenwahrheit aller völkischen Minderheiten, daß sie eine Parteilung nicht ertragen, sondern daß sie daran rasch zugrunde gehen: zuerst ihre Organisationen, die ihnen einen Zusammenhalt gegeben haben.

Prozentsatz der Durchführung des allgemeinen Unterrichts weise in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz auf, faktisch habe man aber in dieser Zeit den allgemeinen Unterricht erweitert. Das Ziel einer weiteren Entwicklung des allgemeinen Schulwesens (Volksschulwesens) sei sowohl die Vergrößerung der Zahl der Lehrkräfte als auch die Aufnahme der Bauaktion. Ein wichtiges Gebiet der Schulreform sei das mittlere, allgemein bildende Schulwesen. Im vergangenen Schuljahre war die erste Gymnasialklasse nach der neuen Struktur fertig, im gegenwärtigen die erste und die zweite Klasse. Auch die Reorganisation des Fachschulwesens entwickle sich. Der allgemeine Rahmen der Organisation der Berufsschulen sei bereits bearbeitet und augenblicklich seien im Ministerium im engen Kontakt mit den Wirtschaftskreisen Arbeiten an den Unterrichtsprogrammen und den Statuten für die neuen Berufsschulen in Vorbereitung. Für das Schuljahr 1935/36 ist die Inbetriebnahme der ersten landwirtschaftlichen Lyzeen im Gange. Auf dem Gebiet der erzieherischen Probleme mißt der Minister der Vertiefung der physischen Erziehung ein großes Gewicht bei. In einem Überblick über die Maßnahmen im Hochschulwesen betonte der Minister die Vermehrung der Stipendien und die Neubesehung erledigter Professuren.

Als wichtigste kulturpolitische Maßnahme außerhalb des Schulwesens kündigte der Minister ein neues Bibliotheksgesetz an. Ferner ist im Ministerium ein neues Filmreferat gebildet worden. Darüber hinaus beschäftigte man sich auch mit dem Problem des Filmunterrichts in der Schule. In dem Bestreben, die polnische Kultur im Ausland bekannt zu machen, unterhalte das Ministerium Beziehungen mit den Bildungsstätten aller Teile der Welt.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß trotz aller Schwierigkeiten und Mängel der Bericht aus der Kampfschritt um die polnische Kulturmacht kurz lautet: „Wir schreiten vorwärts!“

so epochal ist, wie ein Motor es einmal war. Und wir arbeiten eifrig weiter. Wer über das Radio und die Bildtelegraphie einst gelächelt, dem soll auch jetzt das Lächeln über die neuen chemischen Erfindungen bald vergehen. Ich will ja nicht nur Autos bauen. Vom Kleinfußzeug für jedermann will ich hier auch nicht reden, es ist mit einem allerdings noch nicht so großen durchschlagenden Erfolg in Arbeit. Aber die Revolution 1934 bis 1940 kommt, das sage ich nochmals, aus dem Laboratorium.

Zwischen Landwirtschaft und Industrie wird es zu einer Verquickung kommen, die noch niemand richtig vorausahnt. Da hilft keine M.M., keine Preisfestlegung, sondern einzig und allein der wunderbare erfinderische Geist des Menschen, der auf diesem Wege auch die Fleischversorgung einmal wird lösen können. Davon bin ich überzeugt, der ich als bester Freund Edisons an den erfinderischen Geist zu glauben gelernt habe.“

Das ist die höchst persönliche, höchst ansehbare Meinung Fords. Die Glaubwürdigkeit der Theorie, ja selbst das Gelingen praktischer Versuche braucht man nicht anzuzweifeln. Aber ob Mutter Natur und die Säuglinge sich die „synthetische Milch“ gefallen lassen?

Das Prinzip, dem Arbeiter soviel Lohn zu geben, um das zu kaufen, was er selbst herstellt, und ihm die Zeit zu geben, es auch zu verbrauchen, ist eine Theorie, die jetzt auch der M.M. unterstellt werden soll. Roosevelt und Ford sind sich einig in ihrem Haß gegen das Finanzkapital. Schon Ende 1933 war man von einem künftigen Zusammengehen der Beiden überzeugt. Jetzt, in der Zeit des Optimismus, stellte sich Ford zur Verfügung. Noch klingt alles utopisch. Aber die Unbeugbarkeit eines Fords, dieses Festhalten an seiner Theorie hat etwas so imponierendes, daß man in Amerika wirklich an den Anbruch einer neuen Wirtschaftsepöche glaubt.

In Danzig
nimmt unsere Filiale von
Tel. 21984 H. Schmidt, Holzmarkt 22 Tel. 21984

Inserate und Abonnements
zu Originalpreisen für die
„Deutsche Rundschau“
entgegen.

Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die
„Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

